

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Montag den 13. Juli 1931 Nummer 137

Bankrott!

Die Danatbank pleite / Keine langfristigen Kredite / Sonnabend 100 Mill. Devisenverluste / Börsen geschlossen / Notverordnung: Devisenzwangswirtschaft / Sturm auf Banken / Neue Massenbelastung

Nur Kommunisten zeigen den Ausweg

Die Rückkehr Luthers aus Paris und London mit leeren Händen, die Schwierigkeiten einer Anzahl Großbanken, der Bankrott der Danatbank, die fortgesetzten Devisenverluste (am Sonnabend wurden doppelt so viel Devisen als am Freitag abgegeben, und zwar für fast 100 Millionen Mark!), die massenhafte Zurückziehung der Sparfahrscheine, kennzeichnen die ungeheure Zuspitzung der Lage. Das kapitalistische Deutschland bricht zusammen. Die Brüningregierung hat durch eine neue Notverordnung ein Devisen-Zwangswirtschaftsgesetz erlassen und — als Geheiß — ein Verbot zur Verhinderung der Kapitalflucht. Die Berliner Börse bleibt heute geschlossen. Die neue Notverordnung bedeutet noch schärfere Belastung der Massen zu den bisherigen Belastungen wie die Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, die auf Grund der vierten Notverordnung heute in Kraft tritt.

Diese Entwicklung, die die kommunistische Partei und ihr Führer, Genosse Thälmann, vorausgesagt, ist restlos eingetroffen. Zerbrochen ist der bürgerlich-sozialdemokratische Schwindel vom „Silberstreifen“. Die KPD ist es auch, die als einzige Partei den Massen den Ausweg zeigt: Verhärterter Kampf in einheitlicher Klassenfront, Kampf für den Arbeitsbeschaffungsplan und das Bauernhilfsprogramm der KPD, gegen die Brüning-Schied-Seyring-Diktatur! Volksaktion für Arbeit, Brot, Freiheit! Kampf für die soziale und nationale Befreiung des Volkes!

So gilt, sofort in allen Betrieben und Stempelstellen Kampfbefehle zu erteilen. Die Situation erfordert die Anwendung der Waffe des Streiks. Der Reichserwerbslosentag am 15. Juli muß zu einer gewaltigen Willensäußerung und Kraftentfaltung der Volksmassen Deutschlands werden!

Die Zuspitzung der Lage

Berlin, 13. Juli. (Eig. Meldung.)

Die Rückkehr Luthers ohne jeden Erfolg aus Paris und London hat wie ein schwerer Schlag auf die Verantwortlichen der Politik und Wirtschaft gewirkt; hoffte man doch, durch größere langfristige Anleihe die katastrophale Wirtschaftslage wenigstens für eine kurze Zeitspanne noch zu mildern zu können. Die Erfolglosigkeit der Reise Luthers hat die Regierung Brüning in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht.

Selbst nach der Rückkehr Brünings am Sonnabend trat das Kabinett gemeinsam mit dem Reichsbankpräsidenten und den Vertretern der Berliner Großbanken zusammen, um einen Weg aus der drohenden Wirtschaftskatastrophe zu finden. Die Beratungen dauerten die ganze Nacht von Sonnabend auf Sonntag an und wurden am Sonntag fortgesetzt. Als Ergebnis dieser Beratungen wird bekannt, daß

außerordentlich weitgehende Maßnahmen

ergriffen werden sollen und noch im Laufe des Monats soll eine neue Notverordnung herausgebracht werden. Diese neue Notverordnung soll ein

Devisen-Zwangswirtschaftsgesetz

enthalten, das ein Verbot zur Verhinderung der Kapitalflucht enthält. Die Vertreter der Großbanken haben eine Ermahnung getroffen, nach der sie gegenseitig für einander haften. Die Reichsregierung übernimmt die Sicherung der Bankenglagen.

Die bürgerliche Montagapresse läßt keinen Zweifel darüber, daß diese Beschlüsse gefaßt wurden, um die Schwierigkeiten einer Anzahl Großbanken zu beheben und vor allem den Zusammenbruch einer Bank aufzuhalten. Ohne Zweifel handelt es sich die Danatbank und Nationalbank (Danatbank). Die Verantwortlichen sind damit gezwungen, zuzugeben, was die kommunistische Presse schon seit Wochen über den drohenden Zusammenbruch dieser Bank festgestellt hat, was aber von den Verantwortlichen bisher verschwiegen oder sogar bestritten wurde. Im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung will die Regierung einen „Aufruf“ erlassen, in dem das deutsche Volk auf die drohenden Gefahren einer erneuten Wirtschaftskatastrophe hingewiesen wird.

Die Maßnahmen der Brüning-Regierung zeigen die außerordentlich scharfe Zuspitzung der Wirtschaftskrise in den letzten Tagen.

Genau jetzt steht aber auch, daß diese neue Notverordnung neue, schwere Belastungen

für die deutschen Werktätigen bringen wird. Mit den Großbanken der Steuerzahler soll die vor der Pleite stehende Brüning-Regierung gelützt werden.

Die Einlagen werden abgehoben

Dresden, den 13. Juli.

Die sächsische Staatskanzlei teilt mit:

Wie aus amtlicher Stelle mitgeteilt wird, hat die sächsische Regierung die Schließung der Börsen in Sachsen für Montag und Dienstag angeordnet.

Dresden, den 13. Juli.
Wie aus mitgeteilt wird, legt überall ein Ankerm auf die

WIRTSCHAFT: Die heute monatlich 250 Mark (schlecht im voraus), nach die 250 Mark (ohne Zinsen) abgehoben werden. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonntagen und Feiertagen. Im Falle höherer Gewalt behält sich Verleger auf Verlangen der Leserschaft das Recht vor, die Ausgabe zu verschieben.

Verlag: Dresdener Verlagsanstalt mbH, Dresden. Geschäftsstelle und Redaktion: Osterstraße 1, Fernruf 17 226. Postfach: Dresden 18 000. Sperrkassen: Montag 16-18 Uhr alle Sperrkassen, Mittwoch 17-18 Uhr Betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitag 18-19 Uhr juristische Sperrkassen.

„Katastrophe nicht zu vermeiden“

Die gesamte bürgerliche Montagapresse nimmt zu diesen Ereignissen Stellung. In der Welt am Montag schreibt der Leitartikel in einem Artikel „Die Pawine rot!“, folgendes:

„Die Gefahr einer neuen deutschen Wirtschaftskatastrophe ergibt sich sehr drohend denn je... Man fürchtet eine allgemeine Katastrophe und glaubt, daß sie jetzt noch vermieden werden könne. Ich glaube offen gestanden nicht daran.“

Der Montag Morgen schreibt in einem Artikel „Koncomber 1918 — August 1923 — Juli 1931“ wie folgt:

„In der Reichskanzlei tagt das Kabinett permanent. Entschlüsse, bei denen es um Leben oder Tod geht, werden gefällt, der Prahl spielt noch allen Himmelsrichtungen, vor Herrn Luthers Haus für heute sozusagen läufig angeheißt das Flugzeug, in den Zeitungen überfliegen sich die Meldungen über Verhinderungen über Devisenverlusten, Bankenscheitern, Kreditverweigerung, Zusammenbrüche, Hilfsfahrscheine nach fern und nah, außenpolitische Forderungen, innenpolitische Komplikationen, — und wie vor den Kopf geschlagen karriert das deutsche Volk diese Pawine an, keiner sagt ihm, wie das kam und was da vorgeht.“

Banken, auf die Sparfahrscheine ein. Alles ist bemüht, möglichst schnell die Einlagen wieder abzurufen.

Berlin, 13. Juli. (Eig. Meldung.)

Der Montag Morgen meldet, daß mit Rücksicht auf die außerordentlich ernste Wirtschaftslage der Berliner Börsenver-

Thälmanns Voraussage restlos eingetroffen

Doch einer sagt es uns, sagte es voraus. Schon vor 7 Monaten, als sonst noch keine einzige Partei, noch kein einziger Politiker davon sprach, auf der Sitzung des Zentralkomitees der KPD im Januar 1931 legte der Führer der kommunistischen Partei, Gen. Thälmann:

„Dah jede neue Erschütterung in der Art der Krise im deutschen Geld- und Kreditwesen im September-Oktober vorigen Jahres nicht nur eine vollkommene Transparenz-Krise, das heißt die Unmöglichkeit der Abführung der Reparationszahlungen in ausländischer Wäse, sondern einen Zusammenbruch des gesamten Kreditwesens und damit eine vollkommene Störung des ganzen Wirtschaftsbereichs weit über den Stand der gegenwärtigen Krise hinaus mit sich bringen würde.“

Und vor einem Monat, am 11. Juni, sagte Gen. Thälmann in seiner großen Rede im Berliner Sportpalast (veröffentlicht in der Broschüre „Katastrophe oder Sozialismus?“, Preis 10 Pf., Vertrieb der KPD) auf:

Welche Wege stehen der deutschen Bourgeoisie offen? Eine wirkliche Politik der nationalen Befreiung vermag die Bourgeoisie niemals zu betreiben. Sie, die das eigene Volk mit Notverordnungen und Diktaturgeboten verstoßen, kann nicht plötzlich in ihrer Außenpolitik Aufhebung gegen das internationale Finanzkapital betreiben.

Die Bourgeoisie hat für ihre Politik 2 Wege: Der erste Weg ist die Fortsetzung der bisherigen Politik, die uns den Youngplan beschert hat. Das bedeutet die restlose Umwandlung Deutschlands in eine Finanzkolonie, die völlige Einordnung in das System des Weltimperialismus. Das bedeutet die Kolonisierung Deutschlands, seine Verwandlung in einen förmlichen Kolonialstaat des französischen Imperialismus... Kredite von Frankreich und Amerika! Aber diese Kredite bedeuten nichts anderes als eine Belegung des Deutschen Reiches durch das ausländische Finanzkapital!

Die Kommunistische Partei ruft zur Volksaktion!

Die Prognose, die Voraussagen Thälmanns, die von einer marxistisch-leninistischen Betrachtung der Lage und ihrer Ursachen ausgehen, haben sich restlos erfüllt. Deshalb muß der Appell, den Thälmann am Schluß seiner Rede an die Volksmassen richtete, gewaltigen Widerhall finden und sofortiges Handeln auslösen:

Wir wenden uns an die Massen der Arbeiter und Angehörigen, an die Erwerbslosen, die Frauen und das Jungproletariat.

Wir wenden uns besonders an die Arbeiter in den Betrieben, die Angestellten in den Büros: Organisiert unter Führung

der KPD, der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Streiks gegen jeden Pfennig Lohnabbau, Streiks für den Stedenhunderttag bei vollem Lohnausgleich!

Unter dieser Losung rufen wir die Erwerbslosen in ganz Deutschland auf: Schulter an Schulter mit den Proleten in den Betrieben unter Führung der Kommunisten kämpft für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD!

Wir wenden uns an die Beamten, denen jetzt der neue Raubzug der Bourgeoisie übermals die Gehälter fängt.

Die Intelligenz, die freien Berufe, die Techniker und Ingenieure, die Künstler und Musiker — sie alle werden durch die